

Die CVP und die Basler Wirtschaft

Stellungnahmen der CVP Basel-Stadt zu einigen anstehenden, dringenden Fragen in der Basler Wirtschaftspolitik.

Das nachfolgende Thesenpapier will nicht das Thema Wirtschaft theoretisch und in voller Breite abhandeln, vielmehr will die CVP damit zu verschiedenen Fragen Position beziehen, und erhebt gleichzeitig klare Forderungen an die kantonale Politik.



1. Grundsätzliche Feststellungen - und eine Kritik

Die CVP steht klar hinter der starken Wirtschaft in Basel und anerkennt auch, dass es dem Kanton und seiner Bevölkerung sehr gut geht dank einer florierenden Wirtschaft. Diese bietet eine Vielzahl von Arbeitsplätzen und damit diesen Menschen ein gutes Auskommen. Die Steuererträge, insbesondere von den grossen, international tätigen Firmen, bescherten dem Kanton hohe Steuereinnahmen - es sind diese Unternehmen, nicht die rot-grüne Politik, die es den Kanton gut gehen lassen.

Die Wirtschaft hat ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrzunehmen, sie darf aber auch nicht übermässig reguliert und mit Verpflichtungen ausserhalb ihrer Kernaufgabe belastet werden – wie etwa mit der Konzernverantwortungs-Initiative, die der Wirtschaft unrealistische Aufgaben aufbürden will, welche eigentlich Sache der Staaten sind.

Kritik übt die CVP an den linken Parteien Basels sowie nationalistischen Strömungen, welche – gemäss deren eigenen Wirtschaftspapieren – der Wirtschaft laufend noch mehr Belastungen auferlegen wollen, von mehr Ferien über Mitbestimmung, Gewinnbeteiligung bis zur 35 Stunden-Woche oder Vorschriften über Nationalitäten von Angestellten. Das alles erträgt die Wirtschaft - in einem bereits anspruchsvollen Umfeld - nicht mehr.

2. Schwerpunkt-Themen

1. Arbeitsplätze, sichern und neue schaffen

Die Wirtschaft hat in den letzten Jahren in Basel tausende von neuen Arbeitsplätzen geschaffen. Offensichtlich geht jetzt die kantonale Planung – etwa im Lysbüchel oder im Klybeck – davon aus, dass in den nächsten Jahren nochmals 20'000 oder gar 30'000 neue Arbeitsplätze entstehen. Dabei beschränkt sich der Kanton darauf, die dann notwendigen Wohnungen zu ermöglichen. Klar ist aber, dass diese Arbeitsplätze nicht von selber entstehen, es zeigen sich in letzter Zeit vielmehr Abbaumassnahmen und Absetzbewegungen, nicht zuletzt wegen der EU-feindlichen Abschottungstendenzen, namentlich vom ganz rechten nationalen politischen Spektrum.

Die CVP erachtet es als notwendig, dass sich der Kanton – wie beim Finanzieren von neuem Wohnraum – jetzt gleichermassen der Sicherung und insbesondere der Schaffung und Ansiedlung von Arbeitsplätzen annimmt. Ziel muss dabei sein, die Rahmenbedingungen in unserem Kanton so zu gestalten, dass die erwähnte Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze auch tatsächlich erreicht werden kann.

Positionspapier

Zahlreiche und häufig hochqualifizierte Arbeitsplätze werden von grossen, international tätigen Firmen, namentlich aus den Bereichen Life Sciences, aber auch Logistik, angeboten. Aber gerade hier besteht viel Bewegung und Unsicherheit, und dies nicht immer zugunsten Basels. Es gilt daher, diese Entwicklung genau zu beobachten und ausgezeichnete Rahmenbedingungen für Standorte namentlich grosser international tätiger Firmen zu schaffen. Augenmerk ist dabei auch auf den Erhalt und die laufende Anpassung an die sich verändernden Bedürfnisse der Verkehrsinfrastruktur zu setzen: Basel weist heute schweizweit eine einzigartig vernetzte, multinationale Verkehrsdrehscheibe auf, an welcher sich Bahn-, Schiff-, Flug- und Autoverkehr treffen – das soll auch künftig der Fall sein.

2. Wirtschaftsflächen sicherstellen

Eine Voraussetzung für die Fortentwicklung der Wirtschaft in Basel ist die Verfügbarkeit von Land und den notwendigen Infrastrukturen und Bauten. Wenn in den letzten Jahren doppelt so viele Firmen den Kanton verlassen haben als zugezogen sind, hing das klar auch mit der mangelnden Verfügbarkeit von Flächen und Gebäuden zusammen.

Dabei geht es einerseits darum, dem lokalen Gewerbe die Entwicklung im Stadtkanton zu ermöglichen. Das Gewerbe soll dort einen Standort haben, wo auch die Arbeit anfällt. Weiter ist zu gewährleisten, dass bei Bedarf für Neuansiedlungen (auch grosse) Flächen, Infrastruktur und allenfalls Gebäude zur Verfügung gestellt werden können, dadurch, dass der Kanton Industriearale besitzt und zukaft, die dafür eingesetzt werden müssen.

Unumgänglich werden Anpassungen im öffentlichen Baurecht sein. Die Betriebe sind heutzutage weniger störend und können besser in die bestehenden Bebauungen integriert werden. Mit der Verdichtung kann sich die Wirtschaft raumsparend entfalten. In der Innerstadt muss dem dortigen Gewerbe – auch Läden, Gastronomie und Dienstleistungsbetrieben – mehr Entfaltungsspielraum eingeräumt werden.

Um der Wirtschaft künftig die nachgefragten Flächen zu ermöglichen, sind Transformationsflächen auszuschreiben. Mittels definierten Mietzinsbändern und vorgeschriebenem Baurechtzins können faire Ausschreibungen vorgenommen werden. Diese Vorgaben sind auch von privaten Investoren einzuhalten – eine Abkehr der bisherigen Bevorzugung von Genossenschaften ist somit möglich und muss vorangetrieben werden.

3. Steuern wirtschaftsverträglicher machen

Basel-Stadt ist «Spitzenreiter» in gewissen Bereichen der Immobiliensteuern (Grundstückgewinnsteuer, Grundstücksteuer, auch Eigenmietwertbesteuerung). Dies schränkt den Liegenschaftsverkehr stark ein zulasten von Wirtschaftsbetrieben sowie Anbietern von Wohnungen, inkl. dem gemeinnützigen Wohnungsbau. Hier sind

Positionspapier

Korrekturen nötig. Ein erster wichtiger Schritt dabei ist die von Einwohnerrat Patrick Huber eingereichte Motion betreffend Einreichung einer Gemeindeinitiative zur Senkung des Eigenmietwerts im Kanton Basel-Stadt.

Die Besteuerung der Kapitaleinkünfte aus Vorsorge ist in Basel-Stadt ungebührlich hoch (progressiv, bis 8 %). Eine Limitierung auf generell 2 % ist angemessen, oder es sollte wenigstens die BL-Regelung übernommen werden (2 % bis CHF 400'000, darüber 6 %). Das private Sparen ist wirtschaftlich sinnvoll und wirkt bei Wirtschaftsflauten ausgleichend.

4. Zum Verhältnis Staat – Wirtschaft

Ziel ist, dass der Staat hoheitliche Aufgaben erfüllt und für die Grundversorgung verantwortlich ist. Deren Umsetzung und ein weitergehendes Angebot kann von privatwirtschaftlich tätigen Unternehmen erbracht werden. In den vergangenen Jahrzehnten war dagegen ein deutlicher Ausbau der staatlichen Zuständigkeiten festzustellen.

Zu prüfen ist, welche Tätigkeiten an Private – zu Konkurrenzbedingungen – ausgelagert werden können. Zu prüfen ist auch, ob Verwaltungseinheiten verselbständigt werden können. Dabei sollen die Zusammenarbeit mit Baselland und Fusionen geprüft werden (z.B. BVB).

Mittels der generellen Aufgabenprüfung (GAP) besitzt der Kanton das entscheidende Instrument zur Überprüfung von staatlichen Aufgaben. Wichtig ist, dass die kommenden GAP konsequent durchgeführt werden und keine routinemässige Übung darstellen – eine Überprüfung einer externen Stelle muss dazu geprüft werden.

Generell ist darauf zu achten, dass die staatliche Reglementierung zurückhaltend ist und die Aufsicht nicht zu unrationellem Wirtschaften und einem übermässigen bürokratischen Aufwand, insbesondere bei den KMU, führt (Beispiel: Bauvorschriften, flankierende Massnahmen).

5. Einige weitere Themen

Um für die Wirtschaft die administrativen Abläufe so effizient wie möglich zu gestalten, soll der Kanton möglichst viele Prozesse digitalisieren. Hier wird das ganze Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft, was bei Kanton und Unternehmen unnötigen Mehraufwand generiert. Um die Digitalisierung laufend voranzutreiben, benötigt der Kanton eine klare Strategie, die er laufend aktualisiert. Nur mit einem solchen Instrument kann das Potenzial genutzt und auf Neuerungen rasch reagiert werden. Eine Strategie soll Schritte und Prozesse beinhalten, die innerhalb der nächsten Jahre vollständig digitalisiert werden sollen. Mittels einer solchen Digitalstrategie für die Wirtschaft lässt sich anschliessend auch der Erfolg messen. Neue Angebote des

Kantons für die Wirtschaft sollen grundsätzlich nur digitalisiert zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Themen für eine umfassende kantonale Wirtschaftspolitik sind die Entlastung des Mittelstands bei den Krankenkassenprämien, die Unterstützung des Detailhandels, vor allem in der Innerstadt, der Arbeitskräftemangel, die Eingliederung der Arbeitsbevölkerung über 55 Jahren, sowie – gemäss einleitender Bemerkung oben – Anliegen aus den Bereichen Bildung, Verkehr etc.

3. Die konkreten Vorstösse der CVP Basel-Stadt

Konkret hat die CVP folgenden Vorstösse eingereicht:

- Anzug betreffend mehr private Initiative bei der Entwicklung von Wohn- und Arbeitsflächen
- Anzug betreffend Ansiedlung von Arbeitsplätzen
- Motion Christian Griss betreffend Anpassung der Besteuerung beim Bezug des Vorsorgekapitals aus der Säule 3a (Änderung Steuergesetz §39d Abs. 1) (19.5279)
- Motion Balz Herter betreffend Steuerlichen Abzug der im Kanton günstigsten Grundversicherungsprämie
- (Einwohnerrat Riehen) Motion Patrick Huber und Kons. betreffend Einreichung einer Gemeindeinitiative zur Senkung des Eigenmietwerts im Kanton Basel-Stadt (18-22.563)